

Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 18 (1911)

Heft: 16

Artikel: Förderung der Seidenzucht in der Schweiz

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-628844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Förderung der Seidenzucht in der Schweiz.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ hat kürzlich ein Herr G. D. einen eingehend begründeten Aufruf zur Förderung der Seidenzucht in der Schweiz erlassen. Der Verfasser, Herr G. Donini in Rom, früher Regierungsrat des Kantons Tessin, verlangt, dass der Bund durch Subventionen der ehemals bedeutenden Cocousproduktion im Tessin neues Leben zuführe. Es ist in der Tat vom Standpunkt des Tessin aus bedauerlich, dass der Seidenbau, der früher eine Haupteinnahmsquelle des Kantons bildete, nunmehr ganz zu verschwinden droht, trotzdem die örtlichen und klimatischen Bedingungen günstig sind. Der Vorwurf, den Herr G. D. an die Adresse der Tessiner Regierung richtet, die sich von jeher viel zu wenig der Seidenzucht angenommen hat, ist gewiss berechtigt, und ebenso erscheint der Wunsch, es möchte der Bund, der schon alles mögliche subventioniert, auch auf diesem Gebiete seine Hand auftun, einigermassen begreiflich, namentlich wenn auf diesem Umwege dem Kanton Tessin zu der längst gewünschten landwirtschaftlichen Schule verholfen werden kann. Die schweizerische Seidenindustrie selbst wird alle Anstrengungen, die zur Förderung der Seidenzucht im Kanton Tessin gemacht werden, mit Interesse verfolgen und sie wird nach wie vor jedes Kilogramm „Schweizerseide“ gerne und zum vollen Wert abnehmen. Dagegen muss sie aber des entschiedensten Verwahrung einlegen gegen den Versuch, die Entwicklung der Seidenzucht im Tessin als für sie irgendwie nützlich oder gar notwendig bezeichnen zu wollen und die Zumutung, gar noch finanzielle Opfer für eine Vergrösserung der Cocousproduktion zu bringen, dürfte die Seide verbrauchende schweizerische Industrie des bestimmtesten ablehnen.

Die Seidenerzeugung im Tessin war von jeher im Verhältnis zum schweizerischen Seidenverbrauch belanglos; sie macht heute vielleicht ein Drittel Prozent des Bedarfes aus und wenn es sogar gelingen sollte, die einheimische Seidenerzeugung zu verzehnfachen, so wäre damit für die von Herr G. D. angedeutete Unabhängigkeit vom Auslande so gut wie nichts gewonnen.

Ob es sich überhaupt empfiehlt, im Kanton Tessin die Seidenzucht mit mehr Nachdruck als bisher zu betreiben und sich auch nordwärts der Alpen mit der Coconsproduktion zu befassen, darüber ist in der „N. Z. Ztg.“ von fachmännischer Seite, die die Verhältnisse im Tessin und in den west- und zentral-europäischen Produktionsländern genau kennt, eine Antwort gegeben worden, die die Zustimmung aller beteiligten Kreise gefunden haben dürfte.

Sozialpolitisches.

Zur Kranken- und Unfallversicherung. In der letzten Nummer der „Mitteilungen“ wurde der Artikel zum Abdruck gebracht, den Herr Nationalrat Sulzer-Ziegler zu gunsten des Gesetzes in den „Schweizer Blätter für Handel und Industrie“ veröffentlicht hat. Herr Sulzer-Ziegler tritt heute mit seiner ganzen Autorität für die Vorlage ein; während der Verhandlungen im Nationalrat hat aber Herr Sulzer die Mängel des Gesetzes und dessen Unannehmbarkeit in so überzeugender Weise dargetan, dass man Mühe hat, seinem neuen Kurs zu folgen. Der Standpunkt der Gegner des Gesetzes lässt sich in der Tat nicht besser rechtfertigen, als durch die Ausführungen des Herrn Sulzer selbst. So äusserte sich in bezug auf das Monopol der Staatsanstalt Herr Sulzer-Ziegler, laut Stenogramm der Bundesversammlung, wie folgt:

.... Von dem Momente an, wo eine Hauptstule aus dem Bau ausgebrochen war, musste für mich selbstverständlich auch die Monopolanstalt fallen. Ich bin für Staatsmonopole — für Privatmonopole bin ich selbstverständlich nie und nimmer — wo es absolut nicht anders geht. Ich bin z. B. für das Banknotenmonopol, das wir beschlossen haben, ich bin bei uns für die Staatsbahnen, die auch mehr oder weniger Monopol sind, aber da, wo die Monopole nicht absolut nötig sind, will ich, aufrichtig gestanden, lieber nichts davon wissen. Darüber wird

mich niemand belehren, dass in unserem Falle das Monopol absolut notwendig sei. Wir haben den Beweis in einer genügenden Zahl von Ländern, dass das nicht der Fall ist. Ich begreife nun nicht, wie die Freunde der Monopolanstalt sagen können: „Wir müssen diesem Ding Sorge tragen; wir müssen bange sein, dass die Privatgesellschaften dasselbe töten.“ Entweder, oder! Entweder ist diese Staatsanstalt etwas wert, ist sie lebenskräftig, dann wird sie einen Luftzug ertragen können; oder dann ist sie allerdings nichts gefreutes.

Wenn wir, die Industriellen und Gewerbetreibenden — denn auf uns kommt es heraus, da die Landwirtschaft trotz der Worte des Herrn Jenny niemals in das Obligatorium hineinkommen wird — in die Versicherung hineingehen, dann muten Sie uns nicht zu, dass wir unnötigerweise noch in ein Monopol hineingehen. Wir haben entschieden Bedenken, dass trotz aller schönen Versprechungen, die uns heute gemacht werden, die Sache etwas anders herauskommt. Das Prinzip, dass derjenige Betriebsleiter, der sich Mühe gibt, durch gute Organisation die Unfälle in seinem Betrieb möglichst zu vermindern, nicht riskiert, dass man ihn schliesslich in den grossen Tiegel wirft und ihn an der Liederlichkeit der andern teilnehmen lässt, möchte ich unter allen Umständen gewahrt wissen. Ich gebe zu, dass es heute im Gesetz gewahrt ist, aber bei Staatsbetrieben sage ich: Timeo Danaos. Da habe ich kein unbedingtes Zutrauen, dass dasselbe gehalten wird. Man wird uns vielleicht eines Tages kommen und sagen: „Es besteht das und das Reglement, man kann nicht differenzieren.“ Dann haben wir die Gleichgültigkeit auf dem Gebiete des Unfallwesens und namentlich der Unfallverhütung gepflanzt. Den Ausweg sehen wir eben darin, dass wir uns im Notfall aus der Staatsanstalt herausziehen können.

Die genannten Garantien können Sie uns nun einmal nicht geben. Wir haben es beim Alkoholmonopol vor einem Jahre erlebt. Ich habe von dieser Stelle aus damals darauf aufmerksam gemacht, dass es gegen die Verfassung verstösse, eine Belastung der Industrie zu gunsten des Monopols vorzunehmen. Man hat mich angelächelt und gesagt: „Die Kantone müssen nun eben einmal Geld haben.“ So kann es auch hier gehen, und deshalb sind wir misstrauisch. Wenn die Staatsanstalt, die wir gründen und mit allen möglichen Privilegien ausstatten, nicht einmal im stande ist, die Konkurrenz auszuhalten und zu denselben guten Bedingungen zu versichern, wie die Privatgesellschaften, so ist das bedenklich und ein Armutzeugnis. Also haben Sie den Mut, diese Staatsanstalt der Konkurrenz auszusetzen. Stellen Sie sich nicht vor, dass es die Privatversicherungsgesellschaften darauf ankommen lassen, während Jahren auf diesen Kollektivrisiken Geld zu verlieren, nur um die Staatsanstalt zu ruinieren. Wenn Sie das annehmen, so haben Sie total falsche Begriffe vom Versicherungswesen, denn da wird sehr scharf gerechnet bei jedem eingetretenen Risiko....

Über die Einbeziehung der Nichtbetriebsunfälle in die obligatorische Versicherung sprach sich Herr Sulzer-Ziegler folgendermassen aus:

.... ich glaube nicht mehr an die Möglichkeit der Durchführung an sich, aber ich glaube auch nicht mehr an die Möglichkeit, dass Ihre Vorlage vom Volke wird angenommen werden.

Das Hauptargument, das mich dazu bringt, ist die Einsicht, dass wir mit der Uebernahme der Nichtbetriebsunfälle einen Sprung ins Dunkle tun, dass wir da in Ausgaben und in einen Zustand hineingeraten, der zu geradezu unmöglichen Verhältnissen führt. Ich mache niemand einen Vorwurf — ich müsste ihn ja in erster Linie auch mir selber machen — dass wir hier voreilig gehandelt haben. Aber ich habe zu allen Zeiten ausserordentlich bedauert, dass die Angaben über die Nichtbetriebsunfälle so ungeheuer dürfzig waren, die Angaben, die wir mühsam zusammengesucht und schliesslich bekommen haben. Wie Sie gesehen haben, sind die Experten davon ausgegangen, dass die Nichtbetriebsunfälle ungefähr 18 Prozent der Gesamtleistung ausmachen werden. Aber die Statistik, auf die diese Zahl sich gründet, liegt so weit zurück und ist so ausserordentlich mangelhaft, dass wir eigentlich gar nichts wissen. Wir wissen deshalb nichts, weil von all den Staaten, die im Laufe